

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbon d

Inhalt

Heinz Rapp MdB, Stellvertretender Vorsitzender der Kommission Grundwerte beim SPD-Vorstand, analysiert, daß das Unions-Wahlprogramm Feindbilder stabilisieren will: Dröhnende Selbstgerechtigkeit. Seite 1

Horst Winterstein MdL und Paul Leo Giani erläutern die Kooperations-schritte der hessischen SPD zum Wohl des Landes: CDU in Fundamental-Opposition. Seite 4

Inge Wettig-Danielmeier MdL beschreibt, wie die Rechtskoalition die Zukunftsorientierung der Bildungspolitik aufgeben hat: Verstopfte Bildungswege. Seite 6

Harald B. Schäfer MdB stellt fest, daß die Rechtskoalition Journalisten einschüchtern will: Scharf auf "Zufallsfunde". Seite 9

38. Jahrgang / 17

25. Januar 1983

Dröhnende Selbstgerechtigkeit

Das Unions-Wahlprogramm will Feindbilder stabilisieren

Von Heinz Rapp MdB
Stellvertretender Vorsitzender der Kommission Grundwerte
beim SPD-Vorstand

Das CDU/CSU-Wahlprogramm ist ein Dokument der dröhnenden, gepanzerten Selbstgerechtigkeit einerseits und des blinden und schier bedingungslosen Hasses gegen die Sozialdemokratie andererseits - die Sachen, um die es gehen sollte, sind im wesentlichen nur Transportmittel für Emotionen: Weit eher ein auf die Stabilisierung des selbstgemachten Feindbildes gerichtetes Pamphlet als ein auf Lösungsansätze für anstehende Probleme bedachtes Programm. Wer in der Weise, wie das im CDU/CSU-Wahlprogramm geschieht, bei jeder Selbstzucht Andersdenkende herabsetzt und bei jeder Selbstkritik sich selber überhöht, setzt sich von vorne herein ins Unrecht - daß ein solches "Programm" die Perversion des Anspruchs der Gestaltung von Politik aus christlicher Verantwortung bedeutet, scheinen die Verfasser vollends überhaupt nicht mehr im Gespür zu haben.

In den Einzelheiten des Textes wäre mancher sachliche Widerspruch aufzuzeigen - es ist jedoch der "Grundwiderspruch" leider insgesamt christdemokratischer Politik, der den Text im ganzen durchzieht und prägt: Einerseits fordern die Autoren, Schluß zu machen mit Parolen, die einen Teil des Volkes gegen einen anderen aufhetzen ("unser Volk kann nur im Miteinander und nicht im Gegeneinander Erfolg haben") - andererseits aber wird die in Sachfragen und hinsichtlich der Lösungsansätze teilweise andersdenkende Hälfte der Nation mit einer Art geistigem Bürgerkrieg überzogen, scheut man sich nicht, in der Wortwahl bis an den Rand der Kriminalisierung zu gehen. Richtig ist, daß es zur Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten eines nationalen (wie auch internationalen) Solidaritätspaktes bedarf, wie Hans-Jochen Vogel ihn gefordert hat - wie aber soll er möglich sein, wenn man in der Art des CDU/CSU-Programms seine Grundlagen zerstört? Man fragt sich, was aus alledem für die innere Liberalität, für die politische Kultur des Landes

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Versteht den Umgang
mit dem neuen
Regime-Passport



und damit auch für seine Problemlösungskapazität folgen müßte, wenn die Unionsparteien nach dem 6. März die Polarisierung der Nation aus der Regierungsverantwortung heraus weiter betreiben könnten.

Als Wahlprogramm leidet das Papier unter demselben Mangel, unter dem schon bisher die meisten Programmdokumente der konservativen Parteien - einschließlich des Grundsatzprogramms der CDU - gelitten haben: Eine Sachanalyse der anstehenden Probleme findet nicht statt, an die Stelle des Sich-Einlassens auf die Sachverhalte und deren Eigenheiten, besonderen Bedingungen und wechselseitigen Bedingtheiten tritt schlicht das Feindbild, die Beschimpfung des Gegners. So kommt im CDU/CSU-Wahlprogramm zum Beispiel die Weltwirtschaftskrise und ihre Auswirkungen auf unser Land ebenso wenig vor (das würde sich nach dem 6. März wohl schlagartig ändern) wie etwa die Tatsache, daß sich der härteste Kern der Arbeitslosigkeit aus dem technischen Fortschritt ergibt, der es möglich macht, immer mehr Produkte mit immer weniger Menschenarbeit herzustellen: Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben nach diesem Pamphlet einzig damit zu tun, daß es die Sozialdemokratie gibt, daß Sozialdemokraten regiert haben und sich anschicken, wieder zu regieren. Sündenbockbeschimpfung statt Problemanalyse - muß man auf die historischen Beispiele noch eigens verweisen, bei denen das schief gegangen ist? Dem Wähler gegenüber kommt diese Masche einer Falschaussage, der Irreführung, gleich: nicht problem-, sondern feindbildorientiert soll er wählen. Und selbstverständlich können nach dieser Welt-Anschauung Andersdenkende nur dumm oder böse und jedenfalls ideologisch verblendet sein - daß sie verantwortungsvoll auf ihre Weise sich bemühten und bemühen, sich den Problemen zu stellen, darf nie ins Blickfeld geraten. Man braucht nur anstelle der Bösen die Guten zu wählen, und alles wird von selber wieder gut.

Daß Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung die Voraussetzungen für den raschen Abbau des Handelsbilanzdefizits, damit für die seit Ende 1981 in Gang gekommenen Zinssenkungen, für die Minderung der Preissteigerungsrate und - ausweislich des hohen Exportüberschusses 1982 - der verbesserten internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft geschaffen haben, wird selbstverständlich nicht gesagt. Vielleicht wäre das auch zuviel verlangt. Eine schlichte Frechheit ist es aber, wenn die Probleme der Staatsfinanzen durch eine banale Schuldzuweisung "erledigt" werden sollen. Haben nicht Sozialdemokraten in den 13 Jahren ihrer Regierungsverantwortung zusätzliche Ausgabenforderungen der CDU/CSU-Opposition und Anträge auf Einnahmenverzichte in einer Größenordnung abwehren müssen, die sich leicht auf 200 Milliarden DM addiert? Um soviel wäre die Staatsschuld heute höher, wäre man damals auf die CDU/CSU eingegangen. Die Selbstgerechtigkeit und Parteilichkeit dieser Leute ist wirklich nicht zu überbieten.

Ohne sorgfältige Analyse ist die Lösung von Problemen nicht möglich - wer sich statt dessen an Feindbilder hält, dem mißrät alles zur bloßen Taktik. Dem, was im Handelsblatt vom 19. Januar Hans Mundorf über die Prinzipienlosigkeit der CDU/CSU gesagt hat, ist nichts hinzuzufügen, auch dem nicht, was Rolf Zundel in der Zeit vom 20. Januar zur Unzulänglichkeit bloßer Gesinnungs-Rhetorik und über das "Hineinschlittern in die Regierung ohne ausreichendes Problembewußtsein" geschrieben hat. Gewiß wird im Wahlprogramm der CDU/CSU viel Wünschenswertes ansprechend beschrieben - die Ziele bleiben jedoch von der Realität genauso weit abgehoben, wie eine sorgfältige Problemanalyse abgehoben ist von bloßer Sündenbocksuche und Feindbildmacherei. Das "Seid nett zueinander" (bei gleichzeitiger Verteufelung des politischen Gegners!), bloße Gesinnungsrhetorik also, ersetzt eben konkrete Vorstellungen darüber nicht, wie man divergierende Interessen so ausgleicht, daß daraus Gemeinwohl wird.



Unverkennbar ist das Bemühen im Wahlprogramm von CDU und CSU, den durch die bisherige Arbeit der Regierung entstandenen Eindruck zu verwischen, daß soziale Gerechtigkeit abgebaut werden soll. Schaut man sich die entsprechenden Passagen genauer an, so vermögen sie nicht zu überzeugen. Die Vermutung, daß es sich bei der Nichtrückzahlbarkeit der Zwangsanleihe um einen bloß taktisch gemeinten Winkelzug handelt, liegt einfach nahe. Die Botschaft vom Abbau der öffentlichen Neuverschuldung hört sich gut an - allein es will der Glaube an eine neokonservative Politik nicht aufkommen, die es zum Beispiel in den Vereinigten Staaten dahin gebracht hat, daß wegen der einseitigen Angebotsorientierung und der Vernachlässigung der Massenkaufkraft binnen drei Jahren das Haushaltsdefizit sich verdreifacht hat. Was die Friedens- und Sicherheitspolitik angeht, so wurde die behauptete Gleichrangigkeit der beiden Elemente des NATO-Doppelbeschlusses von Franz Josef Strauß postwendend desavouiert und vom Tisch gefegt: Der Verhandlungsteil hat danach nur Alibifunktion. Der Programtext deckt im übrigen die angeblich von Herrn Kohl amerikanischen Gesprächspartnern gegebene Zusage, daß in der Bundesrepublik neue Atomwaffen auch dann stationiert werden sollen, wenn wir in der Bundesrepublik die einzigen bleiben sollten, die das tun.

Aus alledem könnte eine brisante Mischung werden: Abbau der inneren Liberalität, Verflüchtigung der politischen Kultur und damit der Problemlösungsfähigkeit, Überspannung von Konfliktsituationen durch Weichenstellungen hin zur Ellbogengesellschaft, durch weiterhin steigende Arbeitslosigkeit, durch weitere Umdrehungen der Rüstungsspirale nach oben. Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung werden anstelle solch spannungsfördernder Politik wieder ihre bewährte Entspannungspolitik setzen - nach innen wie nach außen (und auch dem politischen Gegner gegenüber). Das Wahlprogramm der SPD verdeutlicht dies: Man kann nur wünschen, daß möglichst viele Wähler die beiden Programme nebeneinander lesen.

(-/25.1.1983/ks/ca)

+ + +



CDU-Fundamentalopposition

Hessens SPD sucht Kooperation zum Wohl des Landes

Von Horst Winterstein MdL, Vorsitzender der SPD-Fraktion im hessischen Landtag
und Paul Leo Giani MdL, Geschäftsführer der hessischen SPD-Landtagsfraktion

Wenn am Mittwoch und Donnerstag dieser Woche im Hessischen Landtag das Sofortprogramm der Landesregierung für Arbeits- und Ausbildungsplätze von den Fraktionen der SPD und der Grünen gemeinsam gegen den Widerstand der CDU verabschiedet wird, ist das sicher ein bemerkenswerter Vorgang.

Dieses Programm, für das dann umgehend Aufträge erteilt werden können, führt zu Investitionen von 1,4 Milliarden Mark; es sichert und schafft 25.000 Arbeitsplätze und 2.000 neue Ausbildungsstellen. Diese Tatsache, die den Arbeitnehmern hilft, die Wirtschaft belebt und gleichzeitig Verbesserungen der Infra-Struktur (Wohnungsbau, Dorf-erneuerung, Umweltschutz) erreicht, ist die eigentlich wichtige Nachricht. Die Landtagsfraktion der Grünen hat bei dieser schwierigen Aufgabe ihren eigenständigen Beitrag geleistet.

In diesem Zusammenhang muß verwiesen werden auf Ereignisse und Entwicklungen seit September 1982, die zu der heutigen Lage geführt haben:

1. Am 26. September erreichte die CDU nicht die schon sicher geglaubte Mehrheit im Landtag. Die F.D.P. erlitt eine vernichtende Niederlage. Einzige Konsequenz der CDU war der Versuch, diese Niederlage durch Taktik ungeschehen zu machen und von der SPD unter Mißachtung des Wählervotums sofort Neuwahlen zu verlangen.
2. Am 23. Oktober 1982 erteilte der SPD-Landesvorstand den Auftrag, in parlamentarischen Gesprächen mit den beiden anderen Fraktionen im Landtag - CDU und Grünen - die Möglichkeit für Mehrheiten in den wichtigsten Sachfragen in der Landespolitik auszuloten. Die CDU antwortete mit einem kategorischen Nein, wenn nicht zuvor ihre Forderung nach Festlegung eines Neuwahltermins befolgt werde. Im Klartext: Die CDU forderte die Auflösung des Parlaments schon, bevor es noch zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten war. Die Grünen dagegen erklärten grundsätzlich ihre Gesprächsbereitschaft. Diese Verweigerungshaltung (Neudeutsch: Fundamental-Opposition) hielt die CDU konsequent durch, indem sie das von der Landesregierung vorgelegte Bürgerschaftsgesetz brüsk ablehnte. Dieses Gesetz erlaubt der Landesregierung bis zur Verabschiedung eines Haushalts, Unternehmen, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind, zu helfen und auch dadurch Arbeitsplätze zu sichern (Beispiel AEG). Mit ihrem Nein wollte die CDU die Regierung und die SPD zur Handlungsunfähigkeit zwingen. Die Fraktion der Grünen stimmte demgegenüber dem Bürgerschaftsgesetz zu und zeigte damit ihren Willen zu parlamentarischer Kooperation.

Die CDU lehnte dann auch das Teilhaushaltsgesetz über das Sofortprogramm bereits bei der Vorlage im Landtag ab und kündigte darüber hinaus bereits ihr Nein zum Landeshaushalt 1983 zu einem Zeitpunkt an, zu dem dieser noch nicht einmal im Entwurf vorlag.



3. In sechs Gesprächsrunden zwischen den Fraktionen der SPD und den Grünen bis Mitte Januar entwickelte sich vor dem Hintergrund dieser Fakten eine öffentlich geführte Diskussion über die parlamentarische Verabschiedung des Sofortprogramms. Dabei setzten die Grünen zusätzliche Forderungen durch, die den Zielsetzungen der SPD nicht zuwiderlaufen. Am Ende stand fest, daß beide Fraktionen ihrer parlamentarischen Verantwortung gerecht werden, ohne die eigene Identität aufzugeben.

Verfehlt wäre es, aus diesem Ergebnis nun voreilige Schlußfolgerungen für die Zukunft zu ziehen. Im Zusammenhang mit dem Landeshaushalt 1983 wird die SPD mit den Grünen über alle grundsätzlichen Fragen der Landespolitik sprechen. Das hat der Landesvorstand am 21. Januar einstimmig beschlossen. Es ist ein Angebot zu konstruktiver Diskussion und Auseinandersetzung. Ob es zu Übereinstimmungen kommen wird, ist derzeit offen. Auch hierbei wird die SPD Bereitschaft zu sachlichen Kompromissen zeigen. Genauso wie bei den Gesprächen über das Sofortprogramm wird sie aber nicht um kurzfristiger Vorteile willen ihre Identität preisgeben.

Diese Gespräche werden schwierig sein. Sie zu führen, verlangt jedoch die politische Realität, zu der in Hessen die totale Verweigerungshaltung der CDU gehört. Die Wähler haben aber keinen Stillstand in der Landespolitik gewollt, sondern erwarten von den Abgeordneten die Fähigkeit zum Dialog und zum sachlichen Kompromiß. Dieser Verpflichtung wollen die Sozialdemokraten auch weiterhin gerecht werden.

(-/25.1.1983/ks/ca)

+ + +



Verstopfte Bildungswege

Die Rechtskoalition hat die Zukunftsorientierung der Bildungspolitik aufgegeben

Von Inge Wettig-Danielmeier MdL

Vorsitzende der Kommission für Bildungspolitik beim SPD-Vorstand und
AsF-Vorsitzende

Mit der Ankündigung einer "Wende" auch in der Bildungspolitik trat die Rechtskoalition im Oktober 1982 an: In weniger mehr als 100 Tagen machte sie sich an das Zerschlagen bewährter bildungs- und sozialpolitischer Grundlagen einer einst weitgehend gemeinsamen Zukunftsorientierung.

- Der Kahlschlag bei der Ausbildungsförderung ist sozial ungerecht, extrem familienfeindlich und beschneidet die Lebenschancen hunderttausender Jugendlicher.
- Die Ausbildungsplatzlage, die im Herbst 1982 bereits so ungünstig war wie noch nie seit Mitte der 70er Jahre, wird fahrlässig verharmlost, obwohl 1983 die Schwierigkeiten noch zunehmen werden.
- Den Abiturienten droht ein verschärfter Numerus Clausus, eine leichtfertig herbeigeredete Diskussion um Studiengebühren erhöht die Unsicherheit bei Eltern und Studenten.
- Statt einer Politik für alle Jugendlichen kennt die Bildungsministerin nur noch "Begabte" und "Benachteiligte": Die Mehrheit der Schüler, Auszubildenden und Studenten überläßt man den "Zufällen" der von der Rechtskoalition programmierten Eltbogengesellschaft.
- Björn Engholms Konzept für den wissenschaftlichen Nachwuchs schreibt die Bildungsministerin einfach ab und behauptet, es sei ihre Leistung. Das gleiche gilt für die finanzielle Förderung der beruflichen Bildung und der Forschung.
- Die Brücke zur eigenen Vergangenheit, zur gemeinsamen Planung der 70er Jahre, zu den sozialdemokratischen Ländern und zu den Gewerkschaften wird durch eine Politik der harten Konfrontation abgebrochen. An die Stelle gesamtstaatlicher Planung tritt ein "Schwarzer Pakt" mit Formeln der späten 50er Jahre. Diese Politik ist zum Scheitern verurteilt. Sie ist bereits jetzt im Ghetto der eigenen Schlagworte gefangen. Sie ist nicht-konsensfähig und nicht geeignet, die wirklichen Probleme der schwierigen 80er Jahre gemeinsam zu lösen.

Im einzelnen:

1. Aus "ordnungs- und gesellschaftspolitischen" Gründen wurden entscheidende Instrumente zur Sicherung der Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit zerstört; die Ausbildungsförderung für Schüler wurde durch einen radikalen Kahlschlag weitgehend beseitigt, die Studienförderung abrupt auf 100 Prozent Darlehen umgestellt. Statt 380.000 geförderten Schülern wird es in Kürze nur noch 80.000 geben. Statt einer Milliarde 1982 werden für die Schülerförderung 1984 nur noch 200 Millionen DM zur Verfügung stehen. Dies obwohl die Eltern von 70 Prozent der Geförderten weniger als 2.000 DM netto verdienen. Für eine Familie mit zwei Geförderten bedeutet dies bei einem Bruttoeinkommen von 2.000 DM eine Einbuße von 25 Prozent des Familienbudgets.



Dies trifft zusammen mit schwerwiegenden Eingriffen im sozialen Mietrecht, beim Wohngeld und bei der Sozialhilfe. Dadurch werden die Chancen von Kindern aus Familien mit niedrigem Einkommen drastisch eingeschränkt. Der Aufstiegs- und Bildungswille wird durch finanzielle Maßnahmen abgeschnürt. Der Generationenvertrag wird auf den Kopf gestellt:

Gerade die Jugendlichen der geburtenstarken Jahrgänge, die in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ins Arbeitsleben treten, müssen ihre Ausbildungskosten vermehrt selber tragen und gehen so mit einer schweren Hypothek belastet in die Zukunft.

Diese Politik ist reaktionär, unsozial und ungerecht. Sie verhindert die Chancengleichheit. Mit ihr muß am 6. März Schluß gemacht werden.

2. Die Ausbildungsplatzsituation und die Jugendarbeitslosigkeit werden wider besseres Wissen verharmlost. Seit 1980 ist das Angebot an Ausbildungsstellen um 43.000 zurückgegangen, gleichzeitig wollten 40.000 Jugendliche mehr als im Vorjahr einen Ausbildungsplatz. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Unversorgten hat sich 1982 auf 36.000 verdoppelt. In 140 von 142 Arbeitsamtsbezirken hat sich die Lage 1982 verschlechtert, in 114 Bezirken lag das globale Angebot unter der Nachfrage. 1983 wird die Lage noch schwieriger, auch durch den Kahlschlag beim BAFöG, der viele Jugendliche in das völlig überlastete duale System zwingt. Die Warnungen der Gewerkschaften wurden in den Wind geschlagen.

Diese Politik der Beschönigung und Verharmlosung muß am 6. März ein Ende finden.

3. Die Rechtskoalition verschleierte angesichts der bevorstehenden Wahlen ihr Vorhaben, in Zukunft - spätestens ab 1985 - den Numerus Clausus an den Hochschulen zu verschärfen. Dies ist feste Absicht einiger CDU-regierter Länder. Die Koalition erwägt die allgemeine Einführung von Studiengebühren im Rahmen einer "Neuordnung der Hochschulfinanzierung" trotz anderslautender Dementis. Für die so abgedrängten Studienwilligen bestünden wegen der ohnehin bis auf ein Höchstmaß angespannten Ausbildungsplatzsituation keine Alternativen oder sie würden andere ausbildungswillige Schulabgänger verdrängen, die ohne Ausbildung blieben.

Diese Politik verschlossener Bildungswege, die den Bildungswillen der Jugendlichen dirigistisch steuern will, darf nach dem 6. März nicht verwirklicht werden.

4. Die angebliche Leitidee von Bundesbildungsminister Wilms ist "Herausforderung der Begabten und Förderung der Benachteiligten". Sie zielt auf eine Minderheit von etwa zehn Prozent der Jugendlichen, die auch nach unserer Auffassung besonderer Förderung bedürfen und vor der "Wende" erhielten, aber nicht das Schicksal der übrigen 90 Prozent vernachlässigen oder gar mißachten lassen dürfen. Der reaktionäre Gehalt dieser neumodischen "Randgruppenphilosophie" zeigt sich an dem kläglichem "Ersatz" des Landes Rheinland-Pfalz für den Fortfall des Schüler-BAFöG: Karge Stipendien für 1.350 Schüler statt der bisherigen über 40.000 BAFöG-Empfänger, zwei Millionen statt 120 Millionen. Die Mehrheit der sozial schwachen und leistungsbereiten Schüler bleibt "außen vor".

Dieser Politik der Kampfansage an alle jungen Menschen müssen die Jugend und ihre Eltern am 6. März eine klare Absage erteilen.



5. Björn Engholm und vor ihm Jürgen Schmude haben ein neues Konzept zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses entwickelt; Björn Engholm hatte dafür gesorgt, daß noch im September 1982 dieses Konzept mit Billigung der Regierung Schmidt an die Länder ging. Frau Wilms hat das Konzept einfach abgeschrieben, die Urheberschaft verleugnet und das ganze als ihren Erfolg verkündet. Sie macht es sich im Wortsinn "billig": Für 900 Millionen gestrichener BAföG-Mittel bietet sie 50 Millionen für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Wir Sozialdemokraten wollten das BAföG im Kern erhalten und außerdem den Nachwuchs an den Hochschulen fördern.

Diese Politik der Unehrllichkeit, bei der sich die Rechtskoalition mit fremden Federn schmückt und die Wahrheit unterdrückt, muß mit dem 6. März enden.

6. In den 70er Jahren haben Sozialdemokraten, Christliche Demokraten und Freie Demokraten eine gemeinsame Bildungsplanung getragen, die den Forderungen der Zukunft und dem Bildungswillen breiter Schichten Rechnung trug. Chancengleichheit war damals die Forderung aller Parteien. Die Rechtskoalition hat durch harte Konfrontation die Brücken zur eigenen Vergangenheit und zur gemeinsamen Politik abgebrochen. Durch zügellose Polemik gegen die Sozialdemokratie gefährdet sie die Kooperation mit den sozialdemokratischen Ländern. Der Rat der Gewerkschaften wird mißachtet: Das gilt für das BAföG, die Gesamtschule und die berufliche Bildung gleichermaßen. Arroganz und Konfrontation zerstören die gewachsene Gemeinsamkeit und verstellen den Blick für die Zukunft. Das Wort "Chancengleichheit" ist in Acht und Bann.

Diese Politik der Konfrontation und der Maßlosigkeit, dieser Ungeist der Arroganz und Besserwisserei muß am 6. März revidiert werden. Unsere Jugend braucht in den schwierigen 80er Jahren Augenmaß und Gemeinsamkeit, keine ideologischen Schlachtfelder und Schützengräben.

(~/25.1.1983/ks/ca)

+ + +



Scharf auf "Zufallsfunde"

Die Rechtskoalition will Journalisten einschüchtern

Von Harald B. Schäfer MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages

Die Kreidezeit der neuen CDU/CSU/FDP-Bundesregierung ist vorbei. Seit der Durchsicherung der Räume der "konkret"-Redaktion wissen wir, wie die neue Regierung die Pressefreiheit nach dem 6. März schützen möchte: im Zweifel für die Durchsicherung. Es ist kein Zufall, daß sich die neue Rechtskoalition gleich unmittelbar nach ihrer Machtübernahme mit Maßnahmen der Pressekontrolle beschäftigt, Vergleichbares aber in den ganzen 16 Jahren sozialdemokratischer Regierungsverantwortung nicht vorgekommen ist.

Die Presse ist eines der wichtigsten Instrumente der öffentlichen Meinungsbildung. Deshalb stellt sie Artikel 5 unter den Schutz des Grundgesetzes - von der Beschaffung der Information bis zur Verbreitung von Nachrichten und Kommentaren. Wesentliche Voraussetzung für ihre Funktionsfähigkeit ist der Schutz des Vertrauensverhältnisses zwischen Presse und Information. Insofern ist der Schutz des Redaktionsgeheimnisses einer der Stützpfeiler der Pressefreiheit. Wenn die Durchsicherung von Redaktionen eine "Routineangelegenheit" wird, dann kontrolliert nicht mehr die Presse die Regierung, sondern dann kontrolliert die Regierung die Presse.

Natürlich gibt es auch andere grundgesetzlich geschützte Rechtsgüter, die es im Einzelfall rechtfertigen können, das Redaktionsgeheimnis nach sorgfältiger Prüfung zurückzustellen. Ob allerdings die Ermächtigung der Bundesregierung zur Ermittlung gegen die beiden "konkret"-Redakteure (und damit die darauffolgende Durchsicherung der Redaktionsräume) diesem Maßstab genügen können, erscheint zweifelhaft. Viele Ungereimtheiten: Wenn die "Langemann-Veröffentlichungen" der Verrat von Staatsgeheimnissen waren, was wollte man bei der Durchsicherungsaktion noch finden? Wollte man nicht vielleicht zusätzliches Material finden, vielleicht um es vor der bevorstehenden Veröffentlichung zu bewahren? Warum dann aber das lange Warten? Immerhin hatte die letzte beanstandete Veröffentlichung in Heft 6/82 gestanden! Ein noch zur Zeit der sozialliberalen Bundesregierung erstelltes Gutachten des Auswärtigen Amtes kam zu dem Schluß, daß es durch die Veröffentlichung keine "negativen Auswirkungen im Verhältnis zu keiner der betroffenen ausländischen Regierungen" gegeben hat. Bleibt auch die Frage, warum die CSU-Mehrheit im bayerischen Landtag so wenig Interesse an der Aufklärung des "Langemann-Falles" hat. Wenn das so brisant ist, daß es Eingriffe in die Pressefreiheit rechtfertigen soll? Bleibt die Frage, was bei der Durchsicherung alles an "Zufallsfunden" gemacht werden wollte und wurde? Vielleicht ja Material, das nicht die Qualität von Staatsgeheimnissen hat, dafür aber der Rechtskoalition im Wahlkampf nicht gelegen gekommen wäre? Wer ist eigentlich noch alles verwickelt in den Fall Langemann?

Schließlich beliebt die Frage, ob hier nicht ein mißliebiger Presseorgan, bekannt für seine kompromißlose Ablehnung der Politik der Rechtskoalition, einen Dämpfer bekommen sollte.

Gleichzeitig eine Warnung an alle potentiellen Informanten, denen auf diesem Wege vermittelt wird, daß ihre Mitteilung und Tips auch bei der Staatsanwaltschaft landen könnten. Man kann ein Blatt auch durch Austrocknung der Informationsströme ruinieren. Insofern ist diese Aktion ein Angriff auf die Kontrollmöglichkeiten der Presse und damit auf die Pressefreiheit als Ganzes.

Jeder weiß, daß sich CDU/CSU schwer tun mit Kritik aus den Medien: Gerade erst jüngst bei ihrer Rüge für Redakteure des Deutschlandfunks hat sich gezeigt, wie dünnhäutig CDU/CSU auf Pressekritik reagieren und wie leichtfertig sie bereit sind, die Unabhängigkeit von Journalisten zu untergraben, wenn sie sich mit dem Rücken zur Wand sehen. (Erscheint auch in "konkret")
(-/25.1.1983/bgy/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

